

listischen Vergangenheit moralisch zu entlasten. Auch hier zeigt O. einen Bedeutungswandel der Grenze auf, der sich anhand ihrer Öffnung für den visafreien Verkehr 1972 und ihrer einseitigen Schließung durch die DDR als Reaktion auf die *Solidarność*-Bewegung ablesen lässt. S. beleuchtet für die westdeutsche Seite die Haltung der Vertriebenenverbände zur deutschen Ostgrenze. Dabei zeichnet er nach, wie die „heimatpolitische Position der Vertriebenenverbände“, die sich nicht den sich wandelnden Gegebenheiten der BRD-Gesellschaft (Integration der Heimatvertriebenen, Wandel der Ostpolitik) anzupassen vermochte, zunehmend „dogmatisch verhärtete[...]“ (S. 116) und in der Folge politisch marginalisiert wurde.

Dem politischen Funktionswandel der deutsch-polnischen Grenze von 1989/90 bis zur Aufnahme Polens in die EU widmet sich Andrea Hentz. Trotz ihrer vertraglichen Anerkennung durch Deutschland und Polen stand bis zur Aufnahme Polens in die EU 2004 ihre Bedeutung als EU-Außengrenze im Vordergrund, wodurch sich eine spezifisch deutsch-polnische Bedeutung nicht so recht ergeben wollte. Das Schengener Abkommen betonte bis 2004, zumindest auf politischer Ebene, das trennende Moment der Grenze, während zugleich in einem größeren europäischen Kontext eine Vielzahl von sicherheitspolitischen Kooperationen erfolgte, die den EU-Beitritt Polens antizipierten. Den Schlusspunkt des Sammelbandes bildet der Beitrag von Bernadette Jonda, die am Beispiel Stettins (Szczecin) auf die neuen Formen des nachbarschaftlichen Zusammenlebens nach dem polnischen EU-Beitritt verweist. Am Stettiner Beispiel zeigt sie, dass die Folgen der wegfallenden EU-Grenze für die in der Region lebenden Menschen nicht nur wirtschaftlicher Natur waren, so etwa der Konsumtourismus der Deutschen nach Polen und der (wahrscheinliche) wirtschaftliche Profit der polnischen Nachbarn, sondern sich darüber hinaus auch Initiativen entwickelten, die das Zusammenwachsen der Region zum Ziel hatten, so etwa die Einführung von Polnisch als Fremdsprache an deutschen Grundschulen. Als eine weitere Folge des Wegfalls der EU-Grenze führt sie die erhöhte Mobilität der Bewohner der Grenzregion an, die sich vor allem in dem zunehmenden Niederlassen von Polen in der strukturschwachen deutschen Grenzregion äußert.

Zusammenfassend kann man sagen, dass hier ein lesenswerter Sammelband vorliegt. Obwohl nur auf einige ausgewählte Themenfelder der deutsch-polnischen Grenzthematik eingegangen wird – so werden etwa die Grenzdiskurse der Weimarer Zeit und des nationalsozialistischen Deutschlands komplett ausgespart – erfüllt er das selbst gesteckte Ziel, den Bedeutungswandel der deutsch-polnischen Grenze zwischen „Nationalisierung und Europäisierung“ schlüssig nachzuzeichnen. Eine der Stärken des Sammelbandes liegt darin, dass über eine politische Geschichte der deutsch-polnischen Grenze hinaus die über sie geführten Diskurse und die mit ihr verbundenen Imaginationen im Mittelpunkt der Beiträge stehen. Hier wird besonders deutlich, dass gerade die Verhandlungs- und Aushandlungsprozesse zu dieser Grenze von zentraler Bedeutung für die deutsch-polnischen Beziehungen gewesen sind. Lediglich das im Vorwort gesteckte Ziel, auf den Alltag der Menschen einzugehen, hätte etwas ausführlicher thematisiert werden können.

Marburg

Agnes Laba

Ruth Leiserowitz: Sabbatleuchter und Kriegerverein. Juden in der ostpreußisch-litauischen Grenzregion 1812-1942. (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 24.) fibre. Osnabrück 2010. 459 S., Ill., Kt. ISBN 978-3-938400-59-3. (€ 39,80.)

Die lokalen und regionalen Außenbeziehungen des im späten 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jh. zu einem „deutschen Vorposten“ und einer „deutschen Insel“ stilisierten Ostpreußen zu den litauischen, russländischen und belarussischen Nachbargesellschaften jenseits der Grenze sind wenig erforscht. Diese offensichtliche Forschungslücke wird für die mit einem Fokus auf den jüdischen Gemeinschaften auf beiden Seiten der Grenze zwischen Nimmersatt/Memel im Norden und Wytiten im Süden – eine Grenzregion von ca.

150 km Länge – in der vorzustellenden, als Habilitation an der Humboldt-Universität in Berlin angenommenen Arbeit von Ruth Leiserowitz behandelt. Dabei erweist sich die Konzentration auf die jüdische Bevölkerung als ausgesprochen sinnvoll, denn es handelte sich hierbei um die – auch im Gefolge von Pogromen und wirtschaftlichem Antisemitismus – mit Abstand migrationsaktivste Bevölkerungsgruppe in der Region.

L. untersucht die Beziehungen über die Grenze hinweg zwischen zwei deutlich hervortretenden Zäsuren: Am Anfang steht der napoleonische Einmarsch im Russländischen Reich (1812), der auch nach der Neuordnung der Grenzen in neue Grenzregimes mündete, in denen vor allem die Grenzüberquerung und der Grenzhandel zu einem einträglichen Geschäft wurden, von dem neben Gelegenheitsschmugglern auch ortsansässige Kaufleute und Handwerker auf beiden Seiten der Grenze profitierten. Am Ende der Studie steht die Ermordung der ortsansässigen Juden durch die deutsche Grenzpolizei 1941/42.

Für die untersuchten 130 Jahre tun sich in der Untersuchung spannend beschriebene Lebenswelten auf, die von der Vf. gestützt auf die Bestände des Geheimen Staatsarchivs Berlin, des Staatsarchivs Allenstein (Olsztyn) und des Staatsarchivs Vilnius (dort auch jeweils Bestände aus dem ehemaligen Regierungsbezirk Gumbinnen), dem YIVO Institute for Jewish Research in New York sowie dem US Holocaust Memorial Museum in Washington untersucht werden. Durch eine kluge Kombination von behördlichem Schriftgut und Berichten der örtlichen Verwaltungen und Polizeibehörden sowie privaten Briefquellen und Erinnerungen werden auch Familien- und Einzelschicksale fassbar – eine Leistung, die angesichts des lückenhaften Zustands der Archive und der zerstreuten Überlieferung besonders zu unterstreichen ist. Dabei konzentriert sich die Studie insbesondere auf das Zusammenleben von jüdischen und christlichen Bevölkerungen in einem multikonfessionellen Grenzmilieu und kann zeigen, wie unter den Bedingungen einer dünn bevölkerten und peripher gelegenen Grenzregion Juden und Christen wechselseitig voneinander profitierten. Einzelne Fallstudien – etwa zu der jüdischen Kleinstadt Wystiten östlich der preußisch-deutschen Grenze, zur jüdischen Kolonie Kakschen südlich von Tilsit oder zu den Lebenswelten von Eydtkuhnen, Kybartai und Wirballen – zeigen konkreten Lebenswelten vor Ort.

In dem Untersuchungszeitraum von 130 Jahren lassen sich zwei deutliche Wendepunkte beschreiben: Zunächst sind die 1860er bis 1880er Jahre zu nennen, in denen der Eisenbahnbau (u.a. mit der zentralen Transitstrecke Königsberg – Sankt Petersburg mit den Grenzbahnhöfen Eydtkuhnen und Kybartai-Wirballen), die Pogrome im Russländischen Reich (1881), die dadurch ausgelöste Auswanderungswelle von russländischen Juden und die preußischen Ausweisungen von russländischen Juden neue Bedingungen einer nun deutlich verdichteten, aber auch konfliktrichtigeren Interaktion formulierten. Fand bis in die 1880er Jahre eine stille, aber kontinuierliche Einwanderung russländischer, „litvakischer“ Juden nach Ostpreußen statt und entstanden grenzüberschreitende Beziehungsnetze, so wurde nun die Grenzregion zu einem Transitraum, in dem jüdische Auswanderer auf Pässe warteten und Agenten die Durchreise aus dem Zarenreich in die Neue Welt organisierten.

Einen zweiten Wendepunkt bildeten in der Region der Erste Weltkrieg und die folgende Grenzneuordnung, die sich vor Ort bis 1923 hinzog und mit der Begründung des litauischen Staates sowie dem Konflikt um die Zugehörigkeit des Memelgebietes eine gänzlich neue Lage schuf. Ohne Zweifel zählte die Region beiderseits der Grenze durch die Kriegsverwüstungen und Deportationen der Bevölkerungen zu den am stärksten vom Krieg betroffenen Regionen Europas. Auch die jüdischen Lebenswelten mussten sich neu ausrichten, wobei in dem unter litauischer Verwaltung stehenden Memelland durchaus neue Karrierechancen bestanden. L. fokussiert hier – durchaus sinnvoll angesichts der breiten deutschen Literatur über das Memelland – vor allem auf die Entwicklung der jüdischen Gemeinde in Memel, die einen deutlichen Aufschwung erlebte. Für die ersten Kriegsjahre (1939-1942) liegt der Schwerpunkt nicht auf den gut beforschten deutschen Mordaktionen 1941, sondern auf einer Fallstudie zu Heydekrug, wo die örtlichen NS-Eliten jüdische Ar-

beitskräfte aus der Grenzregion in einer „Judenbeschaffungsaktion“ zur Zwangsarbeit heranzogen, worunter sich auch ehemalige Heydekruger Mitbürger befanden.

Insgesamt leistet die Darstellung einen wertvollen Beitrag zur Beforschung historischer Grenzregionen und verbindet bisher getrennte litauische, russische und deutsche Forschungspositionen über die jüdischen Bevölkerungen auf beiden Seiten der Grenze. Abschließend sei ein Desiderat beschrieben: Es wäre sehr wünschenswert, wenn für die südliche Grenzregion Ostpreußens, etwa den Abschnitt zwischen Soldau/Mielau und Grajewo, eine ähnliche Studie entstünde, wobei ein Schwerpunkt auf den jüdischen Bevölkerungen möglich, aber nicht zwingend wäre.

Gießen

Hans-Jürgen Bömelburg

Michail Dolbilov, Darius Staljunas: Obratnaja unija. Iz istorii otnošenij meždu katolicizmom i pravoslaviem v Rossijskoj imperii 1840-1873. [Die umgekehrte Union. Aus der Geschichte der Beziehungen zwischen dem Katholizismus und der Orthodoxie im Russländischen Reich 1840-1873.] Lietuvos istorijos instituto leidykla. Vil'njus 2010. 274 S., engl. Zusfass. ISBN 978-9955-847-32-8.

Nach der Auflösung der Union von Brest auf dem Gebiet des Russländischen Reiches 1839 blieb die Katholische Kirche in den durch die Teilungen Polen-Litauens nach 1772 gewonnenen „Westgebieten“ von der Mitte des 19. Jh. an für manche kirchliche Kreise ein Problem, das einer endgültigen Lösung harnte. Der im vorliegenden Buch untersuchte Entwurf einer Union zwischen der Orthodoxen und der Katholischen Kirche sollte diese konfessionelle Dichotomie überwinden, allerdings unter deutlicher Vorherrschaft der russländischen Orthodoxen Kirche. Das Buch erweitert mehrere Vorarbeiten der beiden Autoren Michail Dolbilov und Darius Staljunas zu demselben Thema und enthält eine Publikation der wichtigsten Dokumente zum Projekt der „umgekehrten Union“. Mit der vollständigen Vorlage dieser Texte soll die lebhaftige Diskussion, die schon die früheren Arbeiten einführen, auf einer besseren Grundlage fortgeführt werden.

Die schon 1840 formulierte Idee, die römisch-katholische Kirche dieser Gegenden in mehreren Schritten mit der Synodalkirche zu vereinigen, wurde zunächst nicht weiter verfolgt: Nikolaj I. befand das Projekt für „interessant und sehr wichtig, aber vorzeitig“ (S. 26). Erst 1865, nach dem Januaraufstand, wurde das Projekt erneut diskutiert: Es sollte eine russländische katholische Kirche geschaffen werden, die nicht mehr dem Gehorsam des Papstes hätte unterstellt sein sollen. Der Plan konnte mit dem Ziel der Ausweitung der Orthodoxie verbunden, aber auch als Schritt zur Festigung des Katholizismus im Reich gelesen werden. Tatsächlich war das Projekt nicht nur im Rahmen orthodoxer und russischer Vorherrschaft angelegt: Einer der wichtigsten Initiatoren, Antonij Zubko, hatte bis 1839 der Unierten Kirche angehört und wurde 1840 orthodoxer Bischof von Minsk. Er handelte ohne ausdrückliche Unterstützung seitens der kirchlichen und zivilen Oberen und Behörden. Der vielleicht wichtigste Teil des Planes, die Propaganda vor Ort, sollte überdies von katholischen Geistlichen umgesetzt werden und nicht etwa von orthodoxen. Laut den Initiatoren des Projektes sollte das politische Bewusstsein und weniger religiöse bzw. konfessionelle Überzeugungen der lokalen Adligen und Geistlichen für den Erfolg ausschlaggebend sein – wie angeblich bei der Union von Brest 1596, die es umzukehren galt. Gemäß den Vf. war auch der für die in Wilna entstehende Zeitungsöffentlichkeit wichtige, katholische Publizist Adam Kirkor einer der Initiatoren der „umgekehrten Union“; er nahm 1865/66 aktiv an dem Projekt teil: Kirkor konzipierte u.a. einen regionalen litauischen Identitätsentwurf, der Loyalität zu Russland wie auch zur polnischen Kultur beinhaltete. Damals erschien der Plan als milderer Gegenentwurf zum strikten Russifizierungskurs seitens des Generalgouverneurs Konstantin P. Kaufmann: Die Diskussion des Projektes trug zu dessen Absetzung 1866 bei.

Der Plan war aber schon zuvor zum Scheitern verurteilt: Innenminister Pëtr A. Valuev stellte bereits 1863 gegenüber Michail N. Katkov ausdrücklich klar, dass das Russländi-